



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Arbeitskreis Wohnungsnot
Rostocker Str. 34
10553 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Berlin, 11. August 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Frau Bitzker,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die Antworten geben Ihnen einen Überblick über unsere wohnungspolitischen Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit in Berlin.

Unser gesamtes Landeswahlprogramm ist online abrufbar unter:
https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

Lina Najmi

Wie positioniert sich Ihre Partei zum Ziel des Europaparlaments zur Beendigung der Obdachlosigkeit in der EU in bis 2030?

Wie positioniert sich Ihre Partei zum möglichen Masterplan zur Beendigung der Wohnungsnot in Berlin?

Mit dem Entschließungsantrag zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit hat das Europäische Parlament die Weichen gestellt, um die Wohnungsnot in der EU zügig zu beenden. Das Ziel ist klar: Bis 2030 sind alle Mitgliedsstaaten aufgerufen, der Obdachlosigkeit ein Ende zu setzen. Dazu muss Berlin seinen Beitrag leisten. Die Berliner SPD bekennt sich zu diesem Ziel und ist weiterhin entschlossen, **Obdachlosigkeit in Berlin zu beenden** und Betroffenen eine menschenwürdige Perspektive zu eröffnen. Um dieses Ziel in Berlin zu erreichen, bedarf es eines landesweiten Plans, der eine **gesamtstädtische Steuerung der Obdachlosenunterbringung** schnellstmöglich sicherstellt und die Bezirke bereits im kommenden Winter bei der Unterbringung aktiv unterstützt.

Welche Schritte planen Sie zur Beendigung von Wohn- und Obdachlosigkeit in Berlin? Was wollen Sie konkret in den ersten 100 Tagen Ihrer Regierungszeit umsetzen?

Wir wollen **Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beenden** und Betroffenen eine menschenwürdige Perspektive eröffnen. Wir werden die regelmäßige Zählung obdachloser Menschen in Berlin fortführen und die Nacht der Solidarität bekannter machen. Wohnungslose Menschen fallen bislang durch die Zählung und bleiben unentdeckt. Dafür möchten wir das Konzept des „**Housing First**“ **stärker fördern** und eine Verzahnung mit dem Programm Betreutes Wohnen anstreben.

Jede:r hat das Recht auf eine eigene Wohnung. Wir werden das **geschützte Marktsegment im Wohnungsbereich ausweiten**. Wir stärken die **Beratungsstrukturen der Prävention**, um so vor Wohnungsverlust zu schützen. Für Menschen, die ihre Wohnung verloren haben oder von Wohnungsverlust bedroht sind, müssen ganzjährig geöffnete, unbürokratisch arbeitende Beratungs- und Versorgungsangebote zur Verfügung stehen. Die Angebote der **Kältehilfe** müssen dauerhaft erhalten bleiben und in Notsituationen schnell und unkompliziert erweitert werden können.

Wir wollen außerdem mehr **Übergangsunterkünften für wohnungslose Familien und Alleinerziehende in ganz Berlin** einrichten. Es fehlen feste (betreute) ganzjährige Wohnformen für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Vermittlung in dauerhaften Wohnraum. Insbesondere bei Frauen mit Kindern, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, ist der Bedarf drastisch gestiegen. Hier werden wir handeln und **kieznahe Übernachtungsangebote** ausbauen, die auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sind. Die Einrichtungen sollen auch auf die Belange von Frauen mit Behinderungen ausgerichtet sein.

Was plant Ihre Partei (auch in Anbetracht des gekippten Mietendeckels) an Maßnahmen, um den Wohnungsmarkt in Berlin langfristig zu stabilisieren und für alle Menschen möglichst gerecht zugänglich zu machen?

Die beste Politik gegen Obdachlosigkeit bleibt eine soziale Wohnpolitik. Viele Berliner:innen haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren und aus ihrem Kiez verdrängt zu werden. Es ist daher unser Fürsorgeauftrag als Berliner SPD, ein bezahlbares und ausreichendes Wohnungsangebot für alle zu schaffen und zu bewahren. Deshalb ist eines der 5 B's für Berlin mit denen wir in den Wahlkampf ziehen „Bauen“. Gemeinsam mit genossenschaftlichem und privatwirtschaftlichem Wohnungsbau wollen wir **bis 2030 insgesamt 200.000 neue Wohnungen** in Berlin schaffen. Zudem werden die Wohnungsunternehmen Bestandswohnungen ankaufen. Mindestens 400.000 Wohnungen sollen schon im Jahr 2026 in öffentlicher Hand sein. Unser Ziel sind 500.000 landeseigene Wohnungen in den 2030er-Jahren. Darüber hinaus haben wir 2014 die **Wohnungsbauförderung** wieder eingeführt und seitdem ständig erhöht, ab 2021 werden 5.000 Wohnungen jährlich gefördert. Wir wollen die Förderung weiter verbessern. Zugleich fordern wir den Bundesgesetzgeber auf, eine zeitlich **unbegrenzte Bindung von**

Sozialwohnungen zu ermöglichen. Wohnungen, deren Bau öffentlich gefördert wurde, müssen als sozialer Wohnraum erhalten bleiben. Bis zu einer Reform der Sozialbindung durch die Bundesebene wollen wir analog zu den Plänen der Bundes-SPD ein **Landesprogramm für eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen**, um durch die Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht und verbesserte Förderbedingungen Kapital für einkommensabhängige Mieten und dauerhafte Sozialbindung bei nachhaltiger Reinvestition zu mobilisieren.

Bei allen Bemühungen um zügige Wohnraumbeschaffung wird die Berliner SPD die Wohnraumerhaltung nicht aus den Augen verlieren. Wir werden dafür sorgen, dass die bereits hier lebenden Berliner:innen nicht aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden und sind weiterhin entschlossen, alle Instrumente eines wirksamen **Mieter:innenschutz** zu prüfen. So haben wir uns in der Koalition erfolgreich dafür eingesetzt, die Mieten in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften für die nächsten Jahren zu begrenzen. Wir setzen uns zudem für die **Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete** in Berlin ein. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, Mieter:innen mit bestehenden Mietverträgen dauerhaft vor Eigenbedarfskündigungen durch die Erwerber:innen zu schützen. Den verschärften Umwandlungsschutz, den die SPD im Bund erkämpft hat, werden wir in Berlin konsequent umsetzen. Das gilt auch für sehr aufwändige Modernisierungen. Bei Immobilienverkäufen schließen die Bezirke mit den Käufern Vereinbarungen zum Mieterschutz ab. Bisher wurden über 150 dieser Vereinbarungen geschlossen, zudem etwa 75 Grundstücke angekauft. Die SPD will diese Politik noch effizienter fortsetzen und sich auf Bundesebene für ein **grundsätzliches Umwandlungsverbot von Miets- in Eigentumswohnung** in angespannten Lagen einsetzen. Weiterhin kämpft die SPD im Bund für ein zeitlich befristetes **Mietenmoratorium**: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen.

Bei der Versorgung mit Wohnraum haben wir insbesondere auch die Menschen im Blick, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Wir werden daher das von der SPD im Jahr 2014 aufgelegte **Neubauprogramm für Studierende und Auszubildende** beschleunigen und so jungen Menschen mit geringen Einkommen helfen. Dem Bedarf an **barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen für Senior:innen und Menschen mit Behinderungen** werden wir ausreichend nachkommen. Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass alle Berliner:innen **gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zum Wohnungsmarkt** bekommen. Als eine von vielen Erscheinungsformen strukturellen Rassismus lehnen Rassismus auf dem Wohnungsmarkt entschieden ab. Daher wollen wir eine **Landesenquete-Kommission gegen Rassismus** einrichten. Sie soll die institutionalisierten und strukturellen Rassismen analysieren, öffentlich diskutieren und Gegenmaßnahmen entwickeln, sowie Strukturen zur Umsetzung der Maßnahmen stärken.

Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von wohnungslosen Menschen plant Ihre Partei für Berlin?

Im Bereich der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe setzen wir dafür ein, die **Kältehilfe** insbesondere durch die Aufstockung der finanziellen Mittel zu fördern. Damit werden längere Öffnungszeiten der Kälte-Cafés, den Hygieneduschbus, die Krankenwohnungen und der Ausbau des Hygienecenters am Bahnhof Zoologischer Garten ermöglicht. Wir wollen weiterhin **Modellprojekte zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit** finanzieren und die speziellen Angebote für obdachlose Frauen ausbauen. Auch **Krankenwohnungen für obdachlose Menschen** werden eingerichtet. In dieser Legislaturperiode haben wir ein Schwerpunkt auf die gesundheitliche Versorgung von obdachlosen Menschen gelegt und im Haushalt 2020/2021 finanziell gestärkt. Dies möchten wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit soll „Housing first“ in den Vordergrund gestellt werden. Die zweite Hälfte des Housing-First-Pilotprogramms war geprägt von den Auswirkungen der

Corona-Pandemie. Dabei hat sich das Konzept eines akuten niederschweligen Hilfesystems für Berliner:innen mit langjährigen komplexen Problemlagen sehr gut bewährt. Wir wollen außerdem erreichen, dass die Höhe der **Übernahme von Miet- und Heizkosten in Notlagen** durch Jobcenter und Grundsicherungsämter flexibler geregelt wird.